

Tagesordnung:

- 1** **Eröffnung der Sitzung**
- 2** **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.02.2023**
- 3** **Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.03.2023**
- 4** **Berichterstattung zum Thema Personal**
gemäß Arbeitsplanung HA 2023
 - 4.1 Personalbericht – I. 2023 – „Allgemeine Personalsituation“
Vorlage: 23/SVV/0288
Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation
- 5** Vergabe von Leistungen der Notfallrettung in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0286
Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr
- 6** **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 6.1 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/1220
Fraktion CDU
 - 6.2 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen
Vorlage: 23/SVV/0130
Fraktion DIE aNDERE
 - 6.3 Erweiterung der maximalen Obergrenze für den Verlustausgleich aus dem Betrauungsakt der LHP zur Betrauung des KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
Vorlage: 23/SVV/0233
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit
 - 6.4 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024
Vorlage: 23/SVV/0219
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1
 - 6.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2023
Vorlage: 23/SVV/0201
Oberbürgermeister, GB 1, Kommunaler Immobilien Service
 - 6.6 Personalbedarfsanalyse
Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung
Vorlage: 23/SVV/0298
Oberbürgermeister, Personal und Organisation

7 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 7.1 Erstellung eines neuen Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 23/SVV/0170
Oberbürgermeister, Beauftragte für Migration und Integration
- 7.2 Berichterstattung zu den Fortschritten bezüglich faire Bezahlung in der
Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
gemäß Beschluss: 22/SVV/1059

8 **Sonstiges**

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Hüneke, stellvertretende Vorsitzende, eröffnet die Sitzung, da der Oberbürgermeister noch einen Termin wahrnimmt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.02.2023

Frau Hüneke, stellvertretende Vorsitzende, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Der Oberbürgermeister trifft ein und übernimmt die Sitzungsleitung.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 6.1 - Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam, Vorlage: 22/SVV/1220 – **zurückzustellen**, da das Votum aus dem Ausschuss fehlt.

Er kündigt im Weiteren an, eine Vorabinformation über die geplante Dienstreise nach Ivano-Frankivsk sowie auf Bitte der Fraktion DIE LINKE zum Stand des Sonderbauprogramms zu informieren. Dieser Tagesordnungspunkt soll unter „Sonstiges“ beraten werden. Als **neuer Tagesordnungspunkt 4** soll ein Sachstandsbericht zu den Standorten für die Unterbringung von Geflüchteten gegeben werden.

Frau Dr. Müller beantragt, den Tagesordnungspunkt 6.2 - Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen, Vorlage: 23/SVV/0130 – ebenfalls **zurückzustellen**, da das Votum aus dem Ausschuss fehlt. Im Weiteren schlägt sie vor, die Tagesordnungspunkte 6.6 – Personalbedarfsanalyse, Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung, Vorlage: 23/SVV/0298 und 4.1 - Personalbericht – I. 2023 – „Allgemeine Personalsituation“, Vorlage: 23/SVV/0288, zusammen zu beraten. Herr

Jetschmanegg, Leiter Zentrale Verwaltung, bittet darum, diese Vorlage im Zusammenhang mit dem Haushalt zu behandeln.

Der Oberbürgermeister fasst die Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung zusammen:

Die Tagesordnungspunkte 6.4, 6.5, 6.6 und 4.1 werden zusammen beraten; 4.1 wird als erstes aufgerufen.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Information zu den Gesprächen Forum Plantage. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er dazu, wie bereits im Ausschuss für Kultur, lediglich den Termin ansagen könne.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 70. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2023 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.03.2023

Zur **Niederschrift** der 71. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2023 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 14 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei einer Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen.

neu Sachstandsbericht zu den Standorten für die Unterbringung von Geflüchteten

Der Oberbürgermeister weist eingangs auf die gestrige Landrätekonferenz beim Brandenburgischen Innenminister hin. Dort wurde dargelegt, dass das Land Brandenburg in diesem Jahr bisher mehr als 2400 Geflüchtete aufgenommen hat und im Weiteren zur künftigen Organisation und zur Frage von neuen Standorten für Erstaufnahmen sowie zur Finanzierung über das Brandenburg-Paket informiert. Es bestehe eine gesetzliche Aufnahmepflicht für Kommunen. Das Soll für Potsdam seien 1.470 Plätze und im Bestand sind 500 Plätze. Potsdam werde die Aufnahmeverpflichtung erfüllen, daher habe die Verwaltung in den letzten Wochen gerungen, um die Standortfragen durchzudeklinieren.

Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Zahlen und Fakten, die Standortkategorien, die Standorte, die verworfen wurden sowie die präferierten Standorte vor. Der Favorit mit 11 Punkten im Ranking ist die als „Trapez-Fläche“ genannte Fläche im Bornstedter Feld/Campus Jungfernsee mit ca. 35.000 m². Der Oberbürgermeister erklärt, dass die Nutzung möglich sei, da sie nur temporär und eine Wiederherstellung der Rasenfläche geplant ist. Auf Nachfrage von Herrn Kirsch zur temporären Nutzung bei einem Bodendenkmal bestätigt Herr Kümmel, heute stellvertretend für den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt im Hauptausschuss, dass die Fläche ein Naturdenkmal und kein Bodendenkmal sei und demnach diese temporäre Nutzung möglich ist.

Die sich anschließenden Fragen zum Umgang mit vollziehbaren ausreisepflichtigen Asylbewerbern von Herrn Said, dem Ausschluss der Fläche am Lustgarten von Frau Hüneke, der Ablehnung des Angebotes der Firma Tamax des Angergrunds von Herrn Said sowie der zur Verfügung Stellung des Staudenhofs von Herrn Dr. Scharfenberg, werden direkt vom Oberbürgermeister beantwortet. Der Ausschluss der Fläche Am Lustgarten basiert auf der extremen Einschränkung der Wirtschaftlichkeit für die Weiße Flotte, da die Zufahrt für die größeren Fahrzeuge und der Busse notwendig sei. Auch seien Schule, Kita und weitere Infrastruktur weiter entfernt als am Jungfernsee. Die Fläche Angergrund und der Staudenhof stehen nicht zur Verfügung, gemäß Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, an die der Oberbürgermeister gebunden ist. Die Frage von Herrn Teuteberg zu den groben Eckdaten (Anzahl der Plätze und Kosten) beantwortet Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling. Im Haushaltsplanentwurf sei schon eine große Steigerung enthalten, aber nicht auf der Basis der jetzigen Zahlen, die erwartet werden. Pro Platz müsse die Kommune 10.500,00 € im Jahr aufbringen, bei 1.400 Plätzen mal rund 11.000,00 € müsse die Kommune demnach 16 Mio. Euro selber aufbringen.

Nach intensivem Austausch der Hauptausschussmitglieder und Klärung der Nutzungsdauer, die 2-4 Jahre für die Container beträgt, bedankt sich der Oberbürgermeister für die sehr sachliche Diskussion.

zu 5 Vergabe von Leistungen der Notfallrettung in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 23/SVV/0286

Oberbürgermeister, Fachbereich Feuerwehr

Die Vorlage wird von der Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, eingebracht. Im Anschluss beantwortet sie die Fragen der Hauptausschussmitglieder zum Ausschreibungszeitraum und Vorteil dieser Regelung. Der Oberbürgermeister bekräftigt, dass der Weg über die Ausschreibung der schnellere ist und begründet dies.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein europaweites, offenes Verfahren mit dem Ziel der Vergabe von Leistungen der Notfallrettung in der Landeshauptstadt Potsdam im Zeitraum 01.07.2023 bis 30.06.2027 bzw. mit Veröffentlichung der Haushaltssatzung bis Ablauf von 48 Monaten durchzuführen.

Der Zuschlag ist im Vergabeverfahren dem wirtschaftlichsten Angebot zu erteilen und eine entsprechende Rahmenvereinbarung abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|-----------|
| Zustimmung: | 14 |
| Ablehnung: | 0 |
| Stimmhaltung: | 3 |

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 6.1 Bad für den Norden der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 22/SVV/1220

Fraktion CDU

zurückgestellt – fehlt Votum Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 6.2 Bedarfsgerechte Vergabe städtischer Wohnungen

Vorlage: 23/SVV/0130

Fraktion DIE aNDERE

zurückgestellt – fehlt Votum Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zu 6.3 Erweiterung der maximalen Obergrenze für den Verlustausgleich aus dem Betrauungsakt der LHP zur Betrauung des KEvB mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse

Vorlage: 23/SVV/0233

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Die Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, informiert darüber, dass der Ausschuss für Finanzen der Vorlage zugestimmt hat. Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Nr. 4 des Beschlusses 21/SVV/0623 vom 02.06.2021 wird wie folgt abgeändert:

Der nach § 2 des Betrauungsaktes vorgesehen Verlustausgleich soll in den Jahren 2023-2025 wie folgt geleistet werden:

| Jahre | Maximale Obergrenze des Defizitausgleichs seitens der LHP gem. Beschluss 21/SVW/0623 | Neu zu beschließende max. Obergrenze des Defizitausgleichs seitens der LHP | Eigenbeitrag des KEvB nach Wirtschaftsplanung 2023 |
|---------------|--|--|--|
| 2020 | 0,00 Mio. EUR | 0,00 Mio. EUR (unverändert) | 10,37 Mio. EUR |
| 2021 | 8,00 Mio. EUR | 8,00 Mio. EUR (unverändert)* | 10,03 Mio. EUR |
| 2022 | 7,65 Mio. EUR | 7,65 Mio. EUR (unverändert)** | 14,29 Mio. EUR |
| 2023 | 6,50 Mio. EUR | 12,35 Mio. EUR** | 9,35 Mio. EUR |
| 2024 | | 20,00 Mio. EUR | 2,91 Mio. EUR |
| 2025 | | 18,50 Mio. EUR | 0,00 Mio. EUR |
| Gesamt | 22,15 Mio. EUR (entsprach 53%***) | 66,5 Mio. EUR (58,6 %) | 46,95 Mio. EUR (41,4 %) |

* Zahlung im Jahresergebnis 2022 enthalten

** Zahlung im Jahresergebnis 2023 vorgesehen

*** Nach damaliger Planung Eigenbeitrag KEvB 19,72 Mio. EUR (47%)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **12**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **5**

zu 4 Berichterstattung zum Thema Personal gemäß Arbeitsplanung HA 2023

zu 4.1 Personalbericht – I. 2023 – „Allgemeine Personalsituation“

Vorlage: 23/SVV/0288

Oberbürgermeister, Fachbereich Personal und Organisation

Frau Dr. Kletzing, Fachbereichsleiterin Personal und Organisation, erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Inhalt der Mitteilungsvorlage zum Personalbericht. Im Anschluss beantworten sie und Herr Jetschmanegg, Leiter Zentrale Verwaltung, die Fragen der Hauptausschussmitglieder bezüglich der Übernahmequote für Auszubildende, der Ermöglichung eines fließenden Rentenübergangs, Bindung der Kollegen und Kolleginnen und der Stellenbesetzungsquote. Sich daran anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 6.6 Personalbedarfsanalyse

Analyse zur Sicherung einer aufgabengerechten Personalausstattung der Stadtverwaltung

Vorlage: 23/SVV/0298

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Frau Dr. Kletzing, Fachbereichsleiterin Personal und Organisation, erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Personalbedarfsanalyse.

Die Fragen der Hauptausschussmitglieder zur Stellenbesetzungsquote, dem E-Government, dem tatsächlichen Bedarf von angemeldeten neuen Stellen, ob dafür immer eine Stellenbeschreibung vorliege, deren Plausibilitätsprüfung und mit welcher Stellenbesetzungsquote gerechnet wurde, beantwortet sie sowie der Oberbürgermeister direkt. Sich daran anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 6.4 **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024**

Vorlage: 23/SVV/0219

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1

Herr Jetschmanegg, Leiter Zentrale Verwaltung, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die **Planung für den Geschäftsbereich 5 – Zentrale Verwaltung** vor. Anschließend beantwortet er die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder zu den finanziellen Leistungen, der DIKOM, Personalgewinnung mit externer Unterstützung, E-Government, über GB 5 zentralisierte Hochbauvergaben und den zusätzlichen Stellen.

Anschließend legt Herr Bischoff, Leiter Büro des Oberbürgermeisters, die **Planung des Geschäftsbereichs 9 – Bereiche des Oberbürgermeisters** anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) dar. Fragen der Hauptausschussmitglieder zu den 5 Stellen für Wohnungsbaukoordination, der möglichen Streichung/Verschiebung von freiwilligen Maßnahmen (wie den Holzbau und Relaunch der Homepage potsdam.de) beantwortet der Oberbürgermeister direkt. Zur Wohnungsbaukoordination führt er aus, dass auf Seite 400 des Haushaltsplans die Erörterungen zu finden seien; auch der Holzbau gehöre dazu. Er verweist auf die Umstellung des Verfahrens. Nach dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung für die Holzbauinitiative schließe sich der Haushaltsbeschluss an. Die Vorlage werde zurzeit im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vorberaten. Sollte die Vorlage abgelehnt werden, sei mit dem Ergebnis umzugehen.

Abschließend schlägt der Oberbürgermeister vor, die Haushaltssatzung **zurückzustellen**, bis die Gespräche in den Fraktionen beendet sind und am Montag 03.04.2023, 16:00 Uhr, den Zeitplan und das Prozedere zu besprechen; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6.5 **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2023**

Vorlage: 23/SVV/0201

Oberbürgermeister, GB 1, Kommunalen Immobilien Service

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Wirtschaftsplan **zurückzustellen** und zusammen mit der Haushaltssatzung wieder aufzurufen; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 7.1 Erstellung eines neuen Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt
Potsdam**

Vorlage: 23/SVV/0170

Oberbürgermeister, Beauftragte für Migration und Integration

Frau Dr. Palenberg, Beauftragte für Migration und Integration, erläutert die Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

**zu 7.2 Berichterstattung zu den Fortschritten bezüglich faire Bezahlung in der
Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"
gemäß Beschluss: 22/SVV/1059**

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erläutert, dass sich der Prozess schwierig gestaltet. Nachfragen gibt es keine.

zu 8 Sonstiges

Der Oberbürgermeister informiert über die geplante Dienstreife nach Ivano-Frankivsk vom 21.04.-24.04.2023. Teilnehmer sollen u.a. der Oberbürgermeister, der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Heuer und der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt sein. Im Weiteren geht er auf den Programmablauf ein und begrüßt ein breite Verteilung als Antwort auf das Interesse und Angebot von Herrn Teuteberg sich einzubringen.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erläutert den Sachstand zum Sonderbauprogramm für den Wieselkiez, Kossätenweg/Eichenweg, Gluckstraße/Patrizierweg und beantwortet im Anschluss die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder.